

IM ZENTRUM DES GESCHEHENS DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

HINTERGRUND: DIE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Alle sechs Monate erhält ein neuer Mitgliedstaat den Staffelposten der EU-Ratspräsidentschaft und übernimmt damit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die Präsidentschaft treibt die gesetzgeberischen und politischen Entscheidungen voran und vermittelt zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Rat und den anderen Institutionen der EU. Gleichzeitig versucht sie, eigene Arbeitsschwerpunkte zu setzen und ihnen besonderen Nachdruck zu verleihen. Gewechselt wird nach einem festgelegten Turnus. Seit dem [Vertrag von Lissabon](#) besteht zudem das Konzept der „Trio-Präsidentschaft“, bei dem drei Mitgliedstaaten in den achtzehn Monaten ihrer aufeinander folgenden Präsidentschaften zusammenarbeiten und sich zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit abstimmen. Derzeit bereitet sich die deutsche Regierung auf ihre Ratspräsidentschaft vor, die am 1. Juli 2020 beginnt. Mit Deutschland startet auch ein neues Trio. Die Triopartner Deutschlands, Portugal und Slowenien, haben ihre Ratspräsidentschaften 2021 (Portugal im ersten Halbjahr, Slowenien im zweiten Halbjahr). Derzeitiger Amtsinhaber der Ratspräsidentschaft ist seit Januar 2020 zum ersten Mal Kroatien.

Der Steckbrief beschreibt die Rolle, Aufgaben und Arbeitsweisen der Ratspräsidentschaften und geht speziell auf die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft ein.

HISTORISCHE ENTWICKLUNG UND REGELUNG SEIT LISSABON

Bereits in den Anfangsjahren der europäischen Gemeinschaft wechselte der Vorsitz im Rat alle sechs Monate zwischen den damals sechs Mitgliedern. Die amtierende Ratspräsidentschaft übernahm lange Zeit auch den Vorsitz über das damals noch informelle Gremium des Europäischen Rats, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammentreffen. Der 2007 unterzeichnete und 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon veränderte die Struktur der Präsidentschaft, indem es den Europäischen Rat vom Rat der Europäischen Union offiziell trennte. Das Format des Europäischen Rats wurde als eigene Institution der EU anerkannt und mit einem ständigen Präsidenten versehen. Dieser wird für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren von den Staats- und Regierungschefs gewählt und ist für die Leitung der Sitzungstreffen verantwortlich. Seit dem 1. Dezember 2019 hat der Belgier Charles Michel diese Rolle inne. Der Lissabonner Vertrag führte auch das Amt des/der Hohen Vertreters/Vertreterin ein, der/die den Vorsitz über den Rat für Auswärtige Angelegenheiten leitet. Amtierender „Außenminister“ der EU ist seit Dezember 2019 Josep Borrell. Mit der Schaffung dieser beiden neuen Positionen hat sich der Aufgabenbereich der Ratspräsidentschaft verkleinert. Während [einige BeobachterInnen](#) ihr damit einen [Bedeutungsverlust bescheinigen](#), ist der Umfang der Aufgaben der Präsidentschaft in den vergangenen Jahren angestiegen und [komplexer geworden](#). Denn fast alle Gesetzgebungsprozesse werden mittlerweile in interinstitutionellen Verhandlungen ([Trilog](#)) verhandelt. Diese politischen Verhandlungstreffen zwischen Rat, EU-Parlament und EU-Kommission ermöglichen es den Organen, abweichend vom Ordentlichen Verfahren in Gesetzgebungsprozessen eine Einigung zu erzielen und Rechtsakte zu erlassen. Die Trilogie gehören zu den Aufgaben der Ratspräsidentschaft und bedeuten vermehrten Abstimmungsbedarf mit dem EU-Parlament.

Um die Koordination und Abstimmung zwischen den rotierenden Ratspräsidentschaften zu erhöhen, besteht seit 2009 das Prinzip der „Trio-Präsidentschaft“, innerhalb derer drei aufeinanderfolgende Präsidentschaften an einem gemeinsamen politischen Programm arbeiten. Dabei sollen in dieser festgelegten Gruppe immer ein großes und ein kleines EU-Land und mindestens ein neuer EU-Mitgliedstaat (Aufnahme ab Mai 2004) vertreten sein.

ROLLE UND AUFGABEN DER RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Die Hauptaufgabe der Präsidentschaft besteht darin, die Arbeit des Rats zu koordinieren und ihn gegenüber den anderen Organen der EU und nach außen zu vertreten. Während der Ratsvorsitz versuchen kann, eigene inhaltliche Schwerpunkte in seiner Amtszeit zu setzen, muss der amtierende Vorsitz sich gleichzeitig in seiner Rolle als Vermittler neutral verhalten und bereits laufende Gesetzgebungsverfahren vorantreiben. Die Präsidentschaft sollte „moderieren ohne zu dominieren“ und „Anstöße geben ohne anstößig zu sein“.

Planung und Vorbereitung der Ratstreffen

Die amtierende Ratspräsidentschaft hat die Aufgabe, die Tagungen des Rats der Europäischen Union („Ministerrat“) und seiner Vorbereitungsgremien zu planen und zu leiten. Dies betrifft zehn der elf Ratsformationen¹, in denen die Staaten auf Ebene der MinisterInnen oder StaatssekretärInnen zusammenarbeiten. Die Leitung der einzelnen Ratsformationen übernimmt der/die jeweils zuständige FachministerIn. So leitet der/die UmweltministerIn des Präsidentschaftslandes die Sitzungen des Umweltrats und der/die Verkehrsminister die Sitzungen des Verkehrsrats usw. Der Rat für „Auswärtige Angelegenheiten“ bildet eine Ausnahme und wird durch den/die HoheN VertreterIn der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geleitet. Auch die Sitzungen von rund 200 Vorbereitungsgremien, wie dem Ausschuss der Ständigen VertreterInnen (ASTV) oder Fachausschüssen und Arbeitsgruppen werden von VertreterInnen aus den Ministerien des Präsidentschaftslandes koordiniert, vorbereitet und geleitet. Der Ratsvorsitz ist während der Treffen für den reibungslosen Verlauf der Beratungen zuständig und soll sicherstellen, dass die Geschäftsordnung und die Arbeitsmethoden des Rates korrekt angewandt werden.

Dabei versucht jede Präsidentschaft inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, die sie zuvor in ihrem Arbeitsprogramm und Achtzehnmonatsprogramm der Triopräsidentschaft festgelegt hat. Gleichzeitig übernimmt eine Präsidentschaft die Verhandlungen und Gesetzesprozesse ihrer Vorgängerin, die im Zeitraum der vorherigen Präsidentschaft nicht abgeschlossen werden konnten. Diese Verfahren bestimmen bereits einen Großteil der inhaltlichen Gestaltung der Präsidentschaft.

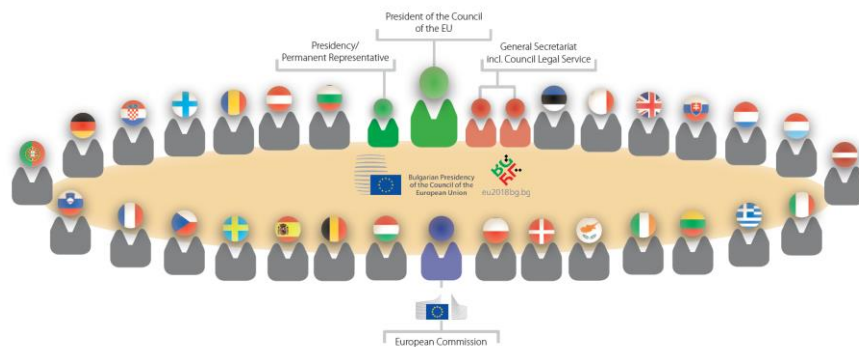


Abb. 1: Sitzordnung während der Ratstreffen. Hier: bulgarische Präsidentschaft 2018. Während der folgenden Präsidentschaften rotieren die Mitgliedstaaten im Uhrzeigersinn einen Platz weiter.²

Eine wichtige Rolle der Präsidentschaft liegt zudem darin, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten zu vermitteln, um Kompromissvorschläge und eine gemeinsame Haltung für die Verhandlungen mit den anderen EU-Institutionen zu erarbeiten. Der Vorsitz muss eine

¹ Ratsformationen, in denen die Präsidentschaft den Vorsitz übernimmt: Landwirtschaft und Fischerei; Wettbewerbsfähigkeit; Wirtschaft und Finanzen; Umwelt; Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz; Bildung, Jugend, Kultur und Sport; Allgemeine Angelegenheiten; Justiz und Inneres; Verkehr, Telekommunikation und Energie.

² Quelle: Generalsekretariat des Rates (2018): Handbook of the Presidency of the Council of the European Union, S. 61.



neutrale Rolle einnehmen und darf die Interessen eines Mitgliedstaates nicht über die eines anderen stellen. In seiner Rolle des Vermittlers sollte der Vorsitz seine eigenen nationalen Interessen in den sechs Monaten der Amtszeit hinter die gesamteuropäischen zurückstellen.

Neben den Rats- und Ausschusstreffen organisiert die Ratspräsidentschaft auch eine Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen im eigenen Land. Auch die informellen Treffen der Ministerräte finden im Land des Vorsitzes statt. Insbesondere für kleinere Mitgliedstaaten kann diese Aufgabe eine große organisatorische Herausforderung, aber auch die Chance einer größeren Sichtbarkeit bedeuten.

Vertretung der Mitgliedstaaten gegenüber anderen EU-Organen

Weiterhin vertritt der Vorsitz den Rat gegenüber den anderen Institutionen der EU, insbesondere gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament. Er leitet die interinstitutionellen Verhandlungen im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens („Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, früher „[Mitentscheidung](#)“) und hat die Aufgabe, auf Grundlage der zuvor bestimmten Ratsposition eine Einigung über Gesetzesvorhaben zu erzielen. Dabei arbeitet er auch mit dem/der PräsidentIn des Europäischen Rats und der/dem HoheN VertreterIn zusammen.

Zu Beginn einer jeden Präsidentschaft präsentiert der neue Vorsitz, in der Regel vertreten durch den/die RegierungschefIn, den Abgeordneten des EU-Parlaments das Arbeitsprogramm seiner Präsidentschaft. Auch in den verschiedenen Ausschüssen des Parlaments beantworten VertreterInnen des Ratsvorsitzes Fragen zu den Themen ihrer Amtszeit. In regelmäßigen Abständen informiert der Vorsitz die Abgeordneten im Plenum zudem über die Arbeit der Ratssitzungen. Zum Abschluss der Präsidentschaft präsentiert der scheidende Vorsitz dem Parlament einen Bericht über die Ergebnisse seiner Arbeit der letzten sechs Monate. Im Laufe der Amtszeit werden auch immer wieder MinisterInnen der Präsidentschaftsregierung zu [Fragestunden ins EU-Parlament](#) eingeladen.

Eine enge Beziehung zwischen Ratsvorsitz und EU-Kommission ist beispielsweise für Verhandlungen zu Handelsabkommen von Vorteil, bei denen die Kommission die EU alleine vertritt. Der Vorsitz ist auch für die Beziehungen der Mitgliedstaaten zu den anderen Organen der EU verantwortlich und präsentiert sein Arbeitsprogramm den Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses und dem Ausschuss der Regionen. Auch der Kontakt zum Europäischen Gerichtshof fällt unter die Aufgaben der Ratspräsidentschaft.

Vertretung der EU nach außen

Die amtierende Ratspräsidentschaft vertritt die EU gemeinsam mit der EU-Kommission auf internationaler Ebene. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vertritt sie die Belange der EU zusammen mit dem/der Hohen VertreterIn gegenüber Drittstaaten. Auch in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und in der Welthandelsorganisation nimmt die amtierende Ratspräsidentschaft für die EU an Verhandlungen teil. Fällt eine Vertragsstaatenkonferenz in den Zeitraum einer Ratspräsidentschaft (z.B. unter die deutsche Ratspräsidentschaft die CBD COP 15 in Kunming, China, oder die Weltklimakonferenz COP 26 in Glasgow, UK), muss sie oder die vorangehende Ratspräsidentschaft den Standpunkt der EU für die Vertragsstaatenkonferenz verhandeln und die Koordinierung der EU-Mitgliedstaaten vor Ort übernehmen.

ARBEITSWEISE: DIE ARBEITSPROGRAMME

Der Dreivorsitz erarbeitet ein Programm für die achtzehnmonatige Amtszeit. Dabei wird er vom Generalsekretariat des Rates unterstützt. Das Programm beinhaltet einen strategischen Rahmen mit längerfristigen Zielen, eine Auflistung spezifischer Prioritäten in jedem Politikbereich sowie Programmtiteln, die behandelt werden sollen. Wichtig dabei ist, dass die vorherige Agenda und eventuell noch ausstehende Dossiers miteinbezogen werden. Der Dreivorsitz legt dem Rat für

Allgemeine Angelegenheiten das gemeinsame Programm spätestens einen Monat vor Beginn der ersten Präsidentschaft zur Billigung vor. Die [Schwerpunkte des rumänisch-finnisch-kroatischen Dreiervorsitzes](#) reichten von der Zukunft der EU nach dem Brexit über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Befähigung und Schutz der Bürger, Energieunion und Klimapolitik, Freiheit, Sicherheit und Recht bis hin zu EU als starker globaler Akteur.

Auf dem Trioprogramm aufbauend definiert jedes Vorsitzland eigene Prioritäten und legt ein eigenes Programm für seinen sechsmonatigen Vorsitz fest, das es zu Beginn seiner Amtszeit vorstellt.

Die [Prioritäten des aktuellen kroatischen Vorsitzes](#) stehen unter dem Motto: „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen“. Im Mittelpunkt der Arbeiten des kroatischen Ratsvorsitzes werden unter anderem die Verhandlungen zum Mehrjährige Finanzrahmen und das künftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU stehen.

Neben dem Arbeitsprogramm erstellt jeder Vorsitz einen [Tagungskalender](#) für alle Ratsformationen, der die Ratstreffen während seiner Amtszeit auflistet.

Das Achtzehnmonatsprogramm des Trios Deutschland-Portugal-Slowenien sowie das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft werden voraussichtlich im Juni 2020 verabschiedet (16. Juni: Rat für allgemeine Angelegenheiten). Die drei Umweltministerien erarbeiten parallel gemeinsame Schwerpunkte im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik.

TRIO-PRÄSIDENTSCHAFTEN BIS 2030

Im Juli 2016, nach der Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, aktualisierte die EU die Liste der geplanten Ratspräsidentschaften und legte die [Reihenfolge bis 2030](#) fest. Sollte ein Land der EU in diesem Zeitraum beitreten, kann sich die Folge noch ändern. Die Präsidentschaften ab 2031 müssen spätestens im Dezember 2029 beschlossen werden.

	1. Halbjahr	2. Halbjahr		1. Halbjahr	2. Halbjahr
2020	Kroatien	Deutschland	2026		Irland
2021	Portugal	Slowenien	2027	Litauen	Griechenland
2022	Frankreich	Tschechien	2028	Italien	Lettland
2023	Schweden	Spanien	2029	Luxemburg	Niederlande
2024	Belgien	Ungarn	2030	Slowakei	Malta
2025	Polen	Dänemark			
2026	Zypern				

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT AB JULI 2020

Federführend für die Abstimmung der Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft ist das Auswärtige Amt. Darüber hinaus legen einzelne Ministerien ihre eigenen fachspezifischen Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft der Triopräsidentschaft fest. Während der Ratspräsidentschaft werden sich die Abstimmungsverfahren innerhalb der Bundesregierung etwas verändern, da die Präsidentschaft vor allem als neutraler Vermittler Kompromisslinien im Rat finden muss.

Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft

Die Folgen des Brexit und die Verhandlungen um den EU-Haushalt 2021-2027 (MFR) sowie Teile seiner 37 Sektor-Verordnungen werden aller Voraussicht nach auch noch die deutsche Präsidentschaft beschäftigen, die am 1. Juli 2020 ihr Amt antritt. Darüber hinaus werden Klimaschutz (EU-Klimagesetz und Erhöhung der nationalen Klimabeiträge (nationally determined contributions, NDC)) sowie die Überprüfung der europäischen Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit zu den Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft gehören. Die deutsche Ratspräsidentschaft strebt zudem

an, die durchgeführten Veranstaltungen an Nachhaltigkeitskriterien zu orientieren und die unvermeidbaren CO₂-Emissionen zu kompensieren.

Schwerpunkte im Umweltbereich / BMU

Im Umweltbereich will das Bundesministerium für Umwelt (BMU) den Schwerpunkt Digitalisierung & Nachhaltigkeit setzen.

Außerdem stehen voraussichtlich Ratschlussfolgerungen, Ratsbefassungen oder Trilog-Verhandlungen in den Politikbereichen des Green Deal an, die die Kommission für 2020 angekündigt hat:

- EU-Biodiversitätsstrategie 2030 (inklusive Bodenschutz)
- EU-Klimaschutzgesetz zur Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 (legislativ) sowie Verhandlungen zum NDC-Update basierend auf dem Impact Assessment
- Kreislaufwirtschafts-Aktionsplan (Initiative nachhaltiger Produkte mit dem Fokus auf energieintensive Sektoren)
- Chemikalien-Strategie
- Aarhus-Verordnung
- EU-Industriestrategie (federführend ist BMWi)
- Farm to Fork-Strategie (vom Hof auf den Tisch) (federführend ist BMEL)

Im 1. Quartal 2020 wird die EU-Kommission voraussichtlich Vorschläge zum EU-Klimaschutzgesetz, zur EU-Biodiversitätsstrategie, zum Kreislaufwirtschaftsaktionsplan sowie zur EU-Industriestrategie und zur Farm to Fork-Strategie vorlegen.

Im 2. Quartal 2020 wird die EU-Kommission ihren Vorschlag zum 8. Umweltaktionsprogramm und die Mitteilung über bessere Rechtsetzung veröffentlichen. Auch diese Themen wird die deutsche Ratspräsidentschaft verfolgen und vorantreiben müssen.

Für das 3. Quartal 2020 hat die EU-Kommission den europäischen Klimapakt, eine neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen, den Klimazielplan 2030 inklusiv der Folgenabschätzung, die Renovierungswelle und eine Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien angekündigt. Je nachdem, wann die Mitteilung der Kommission zu diesen Bereichen erscheint, muss sich die deutsche Ratspräsidentschaft auch mit diesen Dossiers befassen.

Die für das 4. Quartal von der Kommission versprochenen Vorschläge einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, eine EU-Forststrategie, eine Mitteilung zur Erneuerbaren Offshore-Energie, eine Mitteilung zur Stärkung der VerbraucherInnen für den grünen Wandel, eine Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität sowie eine Mitteilung zu nachhaltigen Flugkraftstoffen und zu Fuel EU Maritim sind vermutlich erst Themen für den Umweltrat und andere Ratsformationen unter der nachfolgenden portugiesischen Präsidentschaft.

Darüber hinaus muss die Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen für die Vertragsstaatenkonferenzen koordinieren, die im Zeitraum der Ratspräsidentschaft stattfinden:

- 15.-28. Oktober, Kunming (China): 15. Vertragsstaatenkonferenz ([COP15](#)) zur Biodiversitätskonvention (CBD)
- 9.-19. November, Glasgow (Schottland): 26. Klimakonferenz ([COP26](#)) der Vereinten Nationen

Zudem fallen voraussichtlich die finalen Verhandlungen zur Reform der europäischen Agrarpolitik unter die deutsche Ratspräsidentschaft.

Schwerpunkte im Umweltbereich / BMWi

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) möchte unter anderem folgende Punkte während der deutschen Ratspräsidentschaft vorantreiben:

- Eine umfassende, nachhaltige EU-Industriestrategie
- Stärkung der Wertschöpfungsketten
- Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes, bessere Durchsetzung sowie Digitalisierung
- Bessere Rechtsetzung: „One-in-one-out“ (nicht-legislativer Vorschlag zu besserer Rechtsetzung im 2. Quartal 2020)
- Themen für den Digitalisierungsrat: digitales Ökosystem, Nutzung künstlicher Intelligenz, Regulierungsrahmen für Plattform/Datenökonomie, Cybersicherheit und digitale Souveränität
- Energiepolitik 2020: Weiterentwicklung des Gasmarktdesigns, Erreichung der Energieziele 2030
- Handelspolitik: Modernisierung der WTO

TERMINE WÄHREND DER DEUTSCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2020

13. - 14.07.	Informelles Umweltministertreffen (Mainz)
Juli	Informeller Rat zur Handelspolitik (Saarbrücken)
30.08. - 01.09.	Informeller Landwirtschaftsrat (Koblenz)
13.09.	Informeller Europäischer Rat
14.09.	EU-Chinagipfel (Leipzig)
5. - 9.10.	Konferenz zum Internationalen Chemikalienmanagement SAICM (ICCM5) (Bonn)
08.10.	Umweltrat (Luxemburg)
15. - 16.10.	Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs
15. - 28.10.	15. Vertragsstaatenkonferenz (COP15) zur Biodiversitätskonvention (CBD) (Kunming, China)
Oktober	Informeller Energieministerrat (Berlin)
9. - 19.11.	26. Klimakonferenz (COP26) der Vereinten Nationen (Glasgow, Schottland)
10. - 11.12.	Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs
17.12.	Umweltrat (Brüssel)

UMWELTPOLITISCHE FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE PRÄSIDENTSCHAFT

Das Europäische Umweltbüro (EEB) plant, Umweltforderungen für die Triopräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien zu veröffentlichen. Das EEB will seine 10 grünen Prüfsteine für die kommende Ratspräsidentschaft (10 Green Tests) und sein Memorandum zur Ratspräsidentschaft kurz nach dem letzten Umweltrat unter kroatischer Ratspräsidentschaft am 22. Juni herausbringen. Am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft (Ende Dezember) wird das EEB die Fortschritte und das Engagement der Bundesregierung bewerten.

Auch der Deutsche Naturschutzring (DNR) erarbeitet derzeit Forderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft.

Bündnis 90 / Die Grünen haben im Januar 2020 einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht, in dem sie fordern, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft zu machen und Europas Versprechen für Demokratie, Menschenrechte und Frieden einzulösen.